Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

111 (12.5.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 111. II. Blatt. Karlsruhe, Donnerstag, den 12. Mai **1892.**

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 11. Mai.

74. Sitzung der 2. Kammer.

Am Ministertisch: Kultusminister Geh. Rath Dr. Nokk, Staatsrath Eisenlohr, Ministerialdirektor Seubert, Oberschulrathsdirektor Joos, Geh. Oberregierungsrath Heß, Ministerialrath Buchenberger.

Das Haus ist zuerst spärlich, später vollzählig besetzt.

Der Sekretär verliest zwei neu eingegangene Bittschriften.

Von Freiburg sind die Wahlakten eingelaufen und werden dieselben sofort der Wahlprüfungskommission zur Prüfung übergeben, welche sich alsdann zur Berathung zurückzieht. Nach Wiederaufnahme der Sitzung beantragt Namens der Wahlprüfungskommission als Berichterstatter

Abg. Wilckens, die Wahl des Rechtsanwalts Neumann für unbeanstandet zu erklären, welchem Antrag das Haus zustimmt.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Hoffmann erstattet Namens der Budgetkommission über die Anforderung von Dienstwohnungen Bericht und empfiehlt die Genehmigung der Anträge der Kommission:

1) Die Dienstwohnungen nach Maßgabe der Anforderungen zu genehmigen.

2) Frei werdende Dienstwohnungen können auch an Beamte anderer, als derjenigen Kategorien vergeben werden, denen sie nach dem Budget zukommen sollen, vorausgesetzt, daß die Wohnung der Berufsstellung jener Beamten entspricht und die Zahl der budgetmäßig für den betreffenden Verwaltungszweig genehmigten Dienstwohnungen im Ganzen nicht überschritten wird.

3) Demgemäß stellt die Kommission den Antrag, an die großh. Regierung das Ersuchen zu richten, vor Aufstellung des nächsten Budgets die Grundsätze, welche den Anforderungen für Dienstwohnungen in den einzelnen Spezialbudgets zu Grunde zu legen sind, einheitlich zu regeln und dem entsprechend die Anforderungen für Dienstwohnungen in das Budget einzustellen.

Diese drei Anträge werden darauf ohne Verhandlung angenommen; ebenso ein weiterer Antrag auf Genehmigung der gestellten Nachtragsforderung.

Abg. Friderich hat Bericht erstattet über den Gesetzentwurf, die Ergänzung der Gehaltsordnung betr.

Die einzelnen Abtheilungen B—K werden ohne Verhandlung, sowie der Hauptantrag der Kommission: Dem vorliegenden Gesetz mit seinem einzigen Artikel mit der einen Aenderung, welche dahin geht, die im Gehaltstarif unter K. Ord.-Ziffer 11 neu aufgeführte Amtsstelle einer Wirthschafterin bei der Obstbauschule unter K. 11 zu streichen und unter K. Ordn.-Ziffer 20 mit einem Anfangsgehalt von 800 M. und einem Höchstgehalt von 1250 M. zuzustimmen, einstimmig angenommen.

Namens der Budgetkommission hat

Abg. Fieser schriftlichen Bericht erstattet zu dem Budget des großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Unterrichtswesen, Volksschulen, Titel 9 §§. 45—61 der Ausgaben, Titel 3 §§. 1—3 der Einnahmen und hat Berichterstatter demselben nichs mehr beizufügen.

Abg. Strübe glaubt, daß es mancher Gemeinde schwer fallen werde, die Bauschsumme der Beiträge an die Staatskasse auf einmal zu bezahlen und möchte Redner ein Uebereinkommen anregen mit den Gemeinden, dieselbe in Vierteljahrsraten zu entrichten.

Oberschulrathsdirektor Joos antwortet kurz darauf.

Abg. Fieser wäre dafür, daß die Vortheile des Gesetzes den Lehrern, wo nur immer möglich, schon mit 1. Mai zukommen sollen.

Oberschulrathsdirektor Joos versichert, noch im Laufe des Monats Mai werde die erste Gehaltsauszahlung erfolgen, die Arbeiten hierzu seien ihrer Vollendung bereits nahe.

Abg. Fieser hebt hervor, daß bezüglich der Ziffern der Mehrsumme für die etatsmäßigen Stellen (Hauptlehrer) und nicht etatsmäßigen (Unterlehrer), sowie Dienstwohnungen sich die Kommission in vollkommener Uebereinstimmung mit der großh. Regierung befunden habe.

Oberschulrathsdirektor Joos bestätigt die Richtigkeit dieser Darlegungen.

Darauf werden die unter K., Volksschulen, im ordentlichen Etat in den §§. 45—50 und §§. 51—57 eingestellten neuen Anforderungen dem Kommissionsantrage gemäß bewilligt mit der Maßgabe, daß im letzteren Falle 7865 M. als künftig wegfallend zu bezeichnen sind. Deßgleichen werden die in den §§. 58—61 angeforderten Summen, wovon 470 M. als künftig wegfallend (§. 58) zu bezeichnen sind, ohne Verhandlung genehmigt, sowie der Gesammtbetrag: für das Jahr 1892 3,320,145 M., für das Jahr 1893 4,386,960 M., für jedes der beiden Budgetjahre durchschnittlich 3,853,552 Mark, darunter 8335 M. als künftig wegfallend, zu bewilligen, angenommen.

Titel 3, Einnahmen im ordentlichen Etat, §. 1—4 im Betrage von 2,768,327 M. werden ohne Verhandlung genehmigt.

Auch dem Berichte der Budgetkommission zu Titel 8 der Ausgaben (Kultus) hat Berichterstatter

Abg. Fieser zunächst weiter nichts hinzuzufügen und werden alsdann im ordentlichen Etat I. Katholischer Kultus §. 1—5 (eingeschlossen) ohne Verhandlung bewilligt.

Bei §. 6, Anforderung eines Staatsbeitrages für die Altkatholiken, 24,000 M., beanstandet

Abg. Hug die eingestellte Position in der seitherigen Höhe von 24,000 M. als Staatsbeitrag; im Weiteren polemisirt Redner gegen das Altkatholikengesetz. In der Unterstützung der Altkatholiken Seitens des Staates erblickt Redner eine Rechtsverletzung der römisch-katholischen Kirche; des Weiteren kommt Redner hierbei auf die Unfehlbarkeit des Papstes ꝛc. zu sprechen.

Abg. Kiefer bezeichnet diesen Ausführungen gegenüber das Altkatholikengesetz als ein Rechtsschutzgesetz für diejenigen Bürger, welche katholisch geblieben sind. Die von dem Vorredner aufgestellten Grundsätze könnten weder vor dem Richterstuhle der Logik, noch der Wahrheit, noch der Geschichte bestehen, sie seien die des Absolutismus, der rücksichtslosesten Intoleranz, neben welcher Nichts anders als unter dem Titel der Ketzerei bestehen könne. Die Behauptung des Vorredners, die vatikanische Unfehlbarkeitslehre habe von jeher bestanden, werde durch mehr als ein Beispiel widerlegt. Das deutsche Volk werde Kraft genug besitzen und sich gegen derartige absolutistische Uebergriffe zu schützen wissen. In der Epoche des Kulturkampfes sei entschieden kein Gesetz gemacht worden, welches das Rechtsgefühl der Katholiken verletze, eine solche Darstellung könne dem Vorredner nur ein glaubenseifriger Fanatismus eingegeben haben. Mit dem Syllabus werde man weder das deutsche Volk, noch den deutschen Kaiser unter das Joch beugen.

Abg. Hug bestreitet, bei seinen Ausführungen von Fanatismus oder Animosität geleitet gewesen zu sein; er habe im Gegentheil stets die Vorzüge seiner Gegner anerkannt. Die Logik, von welcher der Vorredner sprach, stehe auf seiner Seite. Es werde doch kein Rechtsgebiet Seitens der Kirche angegriffen. Durch den Erlaß des Syllabus sei die protestantische Kirche in keiner Weise gefährdet; er sei staatsrechtlich völlig harmloser Natur. (Na! na!) Er bleibe dabei, daß das Altkatholikengesetz ein schwerer Eingriff in die Rechte der katholischen Kirche bedeute.

Abg. Wacker wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Kiefer. Er hätte doch nicht so apodiktisch sprechen sollen über die ganze Kulturgesetzgebung. Es sei nicht zutreffend, daß das Altkatholikengesetz die Rechte der katholisch gebliebenen Staatsbürger schütze; es wolle vielmehr die revolutionäre Bewegung gegen die katholische Kirche unterstützen. Die Kulturkampfgesetzgebung vom Ministerium Jolly an sei eine ununterbrochene Kette von Kampfgesetzen und Unterdrückungsbestrebungen gegen die katholische Kirche. In unserer Zeit gebe es doch Niemand, der die früheren Scheiterhaufen billige, oder sie gar noch heute wünsche; am allerwenigsten denke die Zentrumspartei daran, wie es Abg. Kiefer andeuten wollte. Die katholische Kirche werde niemals ohne begründeten Anlaß gegen die Protestanten auftreten. Weiter polemisirt Redner gegen den „Theologen" Kiefer und sucht die vom Vorredner angezogene oppositionelle Haltung des Bischofs Kettler bei den Syllabusberathungen in Rom zu rechtfertigen. Man hätte sich an den Geist der Gesetzgebung von 1860 halten sollen, dann wären die meisten Kämpfe auf kirchenpolitischem Gebiet erspart geblieben.

Kultusminister Geh. Rath Dr. Nokk bemerkt: die vom Abg. Hug angeregte Angelegenheit sei im Jahre 1890 bei den damaligen Berathungen der Kammer sehr eingehend erörtert worden, und die großh. Regierung habe dabei ihre Erklärungen in bestimmter Weise abgegeben. Im Laufe dieser Zeit und in der heutigen Berathung seien weitere Thatsachen in der Angelegenheit, die jetzt eine neue Erörterung nothwendig machen könnten, wohl nicht bekannt geworden, und er verweise deßhalb nur auf die früheren Erklärungen der Regierung. Dem Abg. Hug bemerke er, daß es sich hier ja nicht um irgend welche prinzipielle Fragen handle, sondern nur um die Summe von 24,000 Mark zur Befriedigung der Bedürfnisse für die altkatholischen Gemeinden. Es müßte den Freunden des Herrn Abgeordneten doch selbst von ihrem Standpunkte aus möglich oder erwünscht sein, für die Bewilligung dieser Summe zu stimmen. Abg. Hug habe ja selber gesagt, daß er, wenn eine andere Gesetzgebung bezüglich der Altkatholiken bestände, für die Summe stimmen würde. Es sei für seine Freunde gar kein Grund vorhanden, jetzt hier eine ablehnende Haltung zu beobachten und die nothwendigen Gelder für die kirchlichen Bedürfnisse der Altkatholiken zu verweigern.

Abg. Muser bemerkt, es sei kein Anlaß zu einer Kulturkampfsdebatte vorhanden; es handle sich ja nur um die Bewilligung der 24,000 Mark. So lange die von seiner Partei erstrebte Trennung von Staat und Kirche nicht durchgeführt sei, und die letztere ihre Mittel nicht aus eigener Kraft zu bestreiten habe, müsse er nach dem Grundsatze seiner Partei auch hier gleiches Recht für Alle walten lassen und deßhalb würden er und seine übrigen Parteigenossen für die Bewilligung dieser Summe stimmen.

Abg. Kiefer stellt fest, daß nicht er heute die Debatte über die kirchenpolitischen Fragen begonnen habe. Er habe nichts weniger als kulturkämpferische Absichten, aber wenn man solche Grundsätze aufstelle, wie der Abg. Hug es gethan habe, und Anschauungen vortrage, die die Grundlage unserer ganzen Staatsordnung beabreden, dann habe wohl auch ein Demokrat, jedenfalls aber ein liberaler Volksvertreter, volle Veranlassung dazu, diese Angriffe zurückzuweisen. Ob die zu bewilligende Summe, um die es sich hier handle, groß oder klein sei, bleibe sich völlig gleich, es komme darauf an, recht und billig zu urtheilen und nicht nach Hergenröther'scher Art Geschichte zu treiben. Es liege im Interesse unseres Volkes und des Kulturstaates überhaupt, daß jeder Volksvertreter gegen die Angriffe auf die gesetzliche Ordnung, wie sie durch die Aeußerungen des Abg. Hug hier geschehen sind, auftrete und Ordnung, Recht und Gesetzmäßigkeit nicht in dieser Weise in Frage stellen lasse. Abg. Wacker habe mit großem Pathos von Rebellen gesprochen. Er frage dagegen: Sind das vielleicht Rebellen, die in ihrer tiefinnersten Glaubensüberzeugung auf ihrem Standpunkt und bei ihrer Anschauung verharren? Diese Aeußerung des Abg. Wacker sei doch das Stärkste und Weitgehendste, was er, Redner, seit langer Zeit in diesem Hause vernommen habe. Er könne sich ja rühmen, ein guter Protestant zu sein, aber er müsse sagen, er habe Hochachtung vor den Männern, die an ihrem Glauben aus innerster Ueberzeugung festhalten. Er stelle sie ebenso hoch, wie den Protestanten selber, aber er verurtheile denjenigen, der den Glauben als Deckmantel zu politischen Vorstößen und unkirchlichen Handlungsweisen benutzt. (Bravo!)

Abg. Gerber meint, die 24,000 M. für die Altkatholiken ständen auf gar keinem anderen Rechtsboden, als auf dem Bewilligungsrecht der Kammer; man frage gar nicht, was die Altkatholiken mit dieser Summe überhaupt anfangen. So manche Gemeinde derselben solle, wie man sage, durch diese Staatsunterstützung nur noch künstlich gehalten werden. Die Altkatholiken seien aus der katholischen Kirche ausgetreten und ausgeschlossen, sie könnten also auch gar keinen Rechtsanspruch mehr an dieselbe erheben. Zum Schluß verbreitet sich Redner in der ihm eigenen Weise über den Syllabus.

Abg. Rüdt erklärt, daß seine Partei prinzipiell gegen Alles stimme, was irgend eine Kirche vom Staat verlange. Sie werde keiner der bestehenden Kirchen materielle Unterstützungen gewähren, sie verlange, wie der Liberalismus in seinen besten Zeiten, die Trennung der Kirche vom Staat.

Kultusminister Geh. Rath Nokk stellt dem Abg. Gerber gegenüber fest, daß über die Ausgaben der 24,000 M. ganz genaue Rechnung gelegt worden sei; es sei also nicht angängig, wie dieser Redner behauptete, die Gelder zu andern beliebigen Zwecken zu verwenden.

Abg. Muser bestreitet dem Abg. Rüdt gegenüber, daß das angestrebte Prinzip der Trennung von Staat und Kirche die Konsequenz haben müsse, daß man gar nichts bewilligen könne, für keine Konfession, da dieselbe ja gar nicht durchgeführt sei.

Abg. Wacker entgegnet auf einige Ausführungen des Abg. Kiefer.

Abg. Rüdt legt den Bemerkungen des Abg. Muser gegenüber die Tendenzen seines Programms dar, den Staat zu dem zu machen, was er sein solle; mit dem Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche hätten sie die Anschauungen der hellsten Köpfe für sich. Wenn die fortgesetzten materiellen Anforderungen für die Kirchen nicht mehr vor der Kammer erscheinen, dann würde den langwierigen Kämpfen endlich ein Ende gesetzt werden.

Abg. Heimburger betont die rechtliche Verpflichtung, welche ihn und seine Partei zur Zustimmung dieser Ausgabe bewege.

Abg. Fieser weist in seinem Schlußwort als Berichterstatter darauf hin, daß der Standpunkt, welchen die politischen Körperschaften dem Altkatholikengesetze gegenüber behauptet, derjenige gewesen sei, welchen auch die oberste Gerichtsbehörde eingenommen habe. Das Gesetz vom Jahre 1860 sei die Grundlage und das Altkatholikengesetz habe denselben eher weniger gegeben, als auf Grund jenes Gesetzes ihnen zugekommen wäre. Es handle sich darum, wer nach dem Staatsgesetz und nicht wer nach dogmatischen Beschlüssen im Rechte ist. Aus Allem klinge das recht kräftige, entschiedene Nein gegen die Ausgabe der 24,000 Mark heraus. Es sei die merkwürdigste und und ungeschickteste Veranlassung zu einer derartigen Debatte, dieselbe sei aber lediglich und ausschließlich durch die heftigen Auslassungen des Abg. Hug heraufbeschworen worden. Gegenüber allen gegnerischen Ausführungen könne man nach badischem Rechte nicht anders argumentiren, als daß die Stellungnahme zu der Position ein Ausfluß einer inkarnirten Intoleranz sei. Zum Schlusse verbreitet sich Redner über das Dogma von der Unfehlbarkeit, insbesonders die Honoriusfrage. Wer übrigens auf dem Standpunkte des Rechts, der Billigkeit stehe, der müsse der Position zustimmen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Wacker wird die Anforderung von 24,000 Mark bewilligt gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten.

Die übrigen Positionen werden ohne Verhandlung genehmigt.

II. Evangelischer Kultus.

III. Israelitischer Kultus.

Die Anträge auf Genehmigung werden ohne Verhandlung angenommen.

B. Außerordentlicher Etat. Das Budget enthält außer den nach den Gesetzen vom 25. August 1886, beziehungsweise 5. April 1886, auch für diese Budgetperioden für gering besoldete katholische und evangelische Kirchendiener im Betrage von 400,000 Mark für beide Jahre zusammen zu leistenden Aufbesserungen, für katholischen Kultus in §. 2 eine Anforderung von 243,682 Mark als Gesammtbetrag der während der Vakanz des erzbischöflichen Stuhles vom 1. Dezember 1874 bis 2. Mai 1882 gesperrten Dotationsbeträge, welche ohne Verhandlung bewilligt werden und in §. 4 eine Anforderung von 100,000 Mark für den evangelischen Kultus.

Abg. Hug legt dar, daß auch für die katholische Kirche ein dringendes Bedürfniß zur Aufbesserung geringer Pfarrpfründen vorliege, da hiefür Mittel des Kirchenvermögens nicht vorhanden seien und die zur Aufbesserung gering besoldeter Kirchendiener gewährte Staatsdotation von 200,000 M. jährlich für diesen Zweck nicht ausreichend sei. Redner und seine Partei halten es aus Rücksichten der Parität für geboten, daß noch in dem jetzigen Budget eine Nachforderung in gleicher Höhe, wie solche der protestantischen Kirche gewährt werden soll, eingebracht werde und werden für diesen Fall auch für die Bewilligung des außerordentlichen Zuschusses von 100,000 M. an die evangelische Kirche stimmen; Redner frägt daher bei großh. Regierung an, ob noch in dieser Landtagstagung eine Vorlage in diesem Sinne eingebracht werden könne.

Kultusminister Geh. Rath Dr. Nokk bemerkt, ein derartiges Bedürfniß sei bei der Aufstellung des Budgets noch nicht nachgewiesen gewesen; es werde aber nicht möglich sein, in den nächsten zwei Jahren alle Pfründen zu besetzen, daher könne diese Seite nicht ausschlaggebend sein, sollte diese Besetzung aber dennoch der Fall sein, so könne ja die Regierung ermächtigt werden, auf dem Wege eines Administrativkredits dafür aufzukommen. Im Falle eines dringenden Bedürfnisses müßte eine Gesetzesvorlage mit einer Nachtragsforderung eingebracht werden und dann würde Redner heute schon bitten, einer solchen Nachforderung zuzustimmen.

Abg. Kiefer betrachtet den Beweis eines dringenden Bedürfnisses durch die Ausführungen der interessirten Partei keineswegs als erbracht; wenn derselbe aber erbracht sein werde, so würde vom Rechtsstandpunkt aus schon gewiß Niemand die Hilfe mit Staatsmitteln versagen.

Abg. v. Buol beantragt Unterbrechung der Sitzung auf 10 Minuten zur nochmaligen Berathung seiner Partei über die Stellungnahme in der Frage, welchem Antrage nach einer kurzen Bemerkung des Unterrichtsministers Seitens des Hauses auch stattgegeben wird.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt

Abg. v. Buol, daß seine Partei auch jetzt noch nicht in der Lage sei, dem geforderten außerordentlichen Zuschuß zuzustimmen, da die Zusage der Gewährung eines gleichen Zuschusses an die katholische Kirche an Bedingungen geknüpft worden sei.

Abg. Wacker führt darauf bittere Klage über die fortgesetzte Pression auf die katholische Kirche.

Kultusminister Geh. Rath Dr. Nokk erklärt diese Klage für ungerechtfertigt; über die Verwendung des an die evang. Kirche zu bewilligenden Zuschusses herrsche vollständige Uebereinstimmung; übrigens müßte auch hier die Dotation dann aus der Kirchensteuer ersetzt werden, Bedingungen seien also auf beiden Seiten vorhanden.

Abg. Heimburger erklärt Namens seiner Freunde, sie würden auch hier für Bewilligung stimmen, mit der Maßgabe jedoch, daß diese Staatsdotationen mit Einführung des Kirchensteuergesetzes aufhören; dasselbe gelte bezüglich der katholischen Kirche.

Nach einem Schlußworte des

Abg. Fieser als Berichterstatter, in welchem er den Vorwurf, als ob dadurch die Parität verletzt würde, entschieden zurückweist, die Nothwendigkeit betont, daß Rücksichten und Bedingungen im parlamentarischen Leben nicht zulässig seien und nicht mitbestimmend sein dürften, sondern, was nothwendig sei, bewilligt werden müsse und auf die Unzweifelhaftigkeit der Bedürfnißfrage einerseits, sowie das fortwährende Entgegenkommen von liberaler Seite den Anforderungen für den katholischen Kultus gegenüber andererseits hinweist, wird der Antrag auf Bewilligung des außerordentlichen Zuschusses von je 50,000 M. für beide Jahre an die evang. Kirche gegen die Stimmen des Zentrums und der beiden Sozialisten angenommen.

Die in §. 6 für israelitischen Kultus beantragte, zur Gewährung von Aufbesserungen für ältere Rabbiner bestimmte Erhöhung der seitherigen Position um 1600 M. wird ohne Verhandlung bewilligt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt und die Sitzung wird geschlossen.

Die nächste Sitzung ist auf Freitag, den 13. Mai, Vormittags 9½ Uhr, anberaumt.

Schluß der Sitzung gegen 1¾ Uhr.

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe**, 11. Mai. Den neuesten Nachrichten zufolge geht die Ministerkrisis in Italien ihrem Ende entgegen. Wir meldeten schon im 1. Blatte, daß Giolitti, der, wie erwähnt, in der letzten Kammersitzung so warm für das Heer eintrat, vom König mit der Bildung des neuen Kabinets beauftragt sei und dasselbe auch bereits gebildet habe; doch nach der Zusammenstellung zu schließen, dürfte sich dasselbe nur als ein Uebergangs-Ministerium herausstellen. Die ganze Situation scheint auf Crispi hinzuweisen, dessen Berufung dem König von verschiedenen Seiten dringend anempfohlen wurde. Seine Energie und Entschlossenheit lassen ihn in den obwaltenden schwierigen Verhältnissen als die geeignetste Persönlichkeit erscheinen. Auch verschiedene italienische Blätter weisen unzweideutig auf ihn hin. So schreibt Fanfulla: Werde die parlamentarische Lage ernst, so sei nicht Giolitti, sondern Crispi der kommende Mann.

♂ **Berlin**, 10. Mai. In Gegenwart des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold, welche den Kaiser und die Kaiserin vertraten, fand heute Vormittag die feierliche Grundsteinlegung der „Apostel-Paulskirche" in Schöneberg statt. Ministerpräsident Graf Eulenburg und Kultusminister Dr. Bosse, sowie die Spitzen der Behörden wohnten der Feier bei. — Die Nachricht verschiedener Blätter, der Minister des königlichen Hauses, v. Wedell-Piesdorff, habe seine Entlassung eingereicht, nachdem Oberverwaltungsgerichtsrath Kunze erklärt hatte, daß er im Auftrage des Kaisers mit dem Berliner Magistrat in der Schloßplatzfrage verhandle, erweist sich als unbegründet. — Der Reichstagsabgeordnete von Kleist-Retzow ist an einer Lungenentzündung schwer erkrankt.

Berlin, 10. Mai. Das Depeschenbureau Herold bringt nach Meldung der Westfälischen Volkszeitung die Mittheilung, daß der königliche Staatsanwalt in Essen die formelle Voruntersuchung gegen den Herrn Geh. Kommerzienrath Baare wegen Meineids eröffnet habe. Um allen falschen Folgerungen aus dieser Mittheilung vorzubeugen, wiederholt die Rh.-Westf. Ztg., daß durch viele durchaus einwandsfreie und urtheilsfähige Zeugen, welche der bezüglichen Verhandlung in Essen am 5. Juni v. J. beiwohnten, die vollständige Grundlosigkeit der schmählichen Fusangel'schen Anschuldigung klargelegt werden wird. Es liegt daher in hohem Grade im eigenen Interesse des Herrn Baare, daß gegenüber den fortgesetzten verläumderischen Behauptungen der Westf. Volksztg. durch Gerichtsbeschluß festgestellt wird, daß ein Grund zur Erhebung der Anklage durchaus nicht vorhanden ist. Ein gewisses Interesse an der raschen Klarstellung der Sache dürfte wohl auch die königliche Staatsanwaltschaft selbst haben. Es ist ja bekannt, daß Fusangel wiederholt dem Gerichtshof und der Staatsanwaltschaft unliebsame Kritiken gewidmet hat. Solcher Anzapfungen in der Meineidssache würde natürlich durch einen Gerichtsbeschluß ein für alle Mal vorgebeugt werden.

Berlin, 10. Mai. Unter dem Titel: „Die Wahrheit über Bismarck", ein offenes Wort an die deutsche Nation von Balder (natürlich ein Pseudonym) ist im Verlag von Karl Minde in Leipzig eine Schmähschrift gegen den Fürsten Bismarck erschienen, in welcher, der Nat.-Ztg. zufolge, Dummheit und Gemeinheit um die Palme ringen. Das Machwerk wiederholt in möglichst thörichter Weise die Behauptungen der ehemaligen Reichsglocke. Von der Sachkenntniß des Verfassers mag seine Behauptung, der Welfenfond sei von dem Fürsten Bismarck bei dem Bankhause Bleichröder angelegt worden, eine Vorstellung geben.

* **München**, 10. Mai. (Kammer der Abgeordneten.) Bei der Berathung von Bittschriften, betr. die Reform der Haus- und Grundsteuer, erklärte der Finanzminister v. Riedel, eine Aenderung der Steuergesetzgebung ohne eine Aenderung des Systems sei unthunlich; ohne eine unmittelbare Anregung der Kammer werde die Regierung auf ihre frühere, vom Landtage abgelehnte Neuregelung des gesammten Steuersystems einschließlich der Einkommensteuer nicht zurückkommen.

Dresden, 10. Mai. Die hiesige Liedertafel, welche etwa 300 Mitglieder zählt, bringt am 21. d. M. dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh ein Morgenständchen.

Vom Kyffhäuser, 10. Mai. Die Feier der Legung des Grundsteins zum Kyffhäuserdenkmal ging soeben zu Ende. Das Wetter war freundlich, der Wald prangte im Frühlingsschmucke, 6000 Mitglieder des deutschen Kriegerbundes mit 300 Fahnen waren anwesend. Alle Ortschaften der Umgegend hatten geflaggt, Ehrenpforten waren auf allen Wegen errichtet. Auf dem Festplatz, den bereits im Bau begriffenen gigantischen Terrassen des Denkmals, begann um 12 Uhr der Aufmarsch der Kriegerkolonnen unter Führung des Hauptmanns Herschenz. Nachdem Fürst Günther v. Schwarzburg, der Protektor des Denkmalausschusses, eingetroffen war, erklang der Festgesang „Friedrich Rothbart" von Geibel, komponirt von

Podberzky. Die Festrede hielt Dr. Westphal-Berlin. Sodann wurde die Stiftungsurkunde verlesen und in den Grundstein eingefügt. Hammerschläge vollzogen Fürst Günther und sämmtliche Vertreter der Kriegerverbände aus allen deutschen Gauen. Jeder Hammerschlag war mit einem Kernspruch begleitet, Fürst Günther sprach: „Erst Arbeit, dann Lohn; erst Kampf, dann Kron!"; Generalleutnant v. Renthe genannt Fink, Präsident des Deutschen Kriegerbundes: „Immerdar für Kaiser und Reich!"; Admiral Kühne-Lübeck: „Ich habe keine Zeit, müde zu sein, dies Wort soll uns begeistern, wach zu sein für Deutschlands Ehre, vom Fels zum Meere!"; die Vertreter Elsaß-Lothringens: „Diese Schlachten hat deutsches Volk geschlagen, dieser Stein ist deutschen Volkes Dank!"; Bruno Schmitz, der Baumeister des Denkmals: „Dem Baumeister des Reiches!" Dem Festgesang „Deutscher Schwur" von Holupp, den der Nordhäuser Gesangverein vortrug, folgte ein vieltausendstimmiges Hoch auf den Kaiser. Dann ertönte der Choral „Lobe den Herrn", worauf Oberpfarrer Hesse-Frankenhausen die Weiherede hielt. Mit einem Choral schloß die erhebende Feier, die begeisternd wirkte. Nach der Feier versammelten sich in den Erquickungsstationen des Kyffhäusers und der Rotenburg die Offiziere und Mannschaften in fröhlicher Gemeinschaft; überall erklangen militärische Musik und brausender Gesang von Vaterlandsliedern. Gegen Abend zogen die einzelnen Vereine mit klingendem Spiele ab, um die nach allen Himmelsrichtungen gehenden Sonderzüge zu erreichen.

Belgien.

* **Brüssel**, 10. Mai. (Kammer.) Im weiteren Verlaufe der Verhandlung genehmigte die Kammer mit 110 gegen 13 Stimmen und 6 Stimmenthaltungen den Artikel einer revidirten Verfassung, wodurch Belgien in 9 Provinzen eingetheilt wird und mit 78 gegen 48 Stimmen den Artikel 26, wodurch das königliche Referendum eingeführt wird, wobei Woeste erklärte, die Rechte stimme Letzterem nur unter Vorbehalt zu. Die Revision des Artikels 34, betreffend die Wahlprüfungen der Kammermitglieder, wurde mit 120 gegen 11 Stimmen verworfen, Artikel 36, betreffend die obligatorische Wiederwahl der zu Ministern ernannten Kammermitglieder, wurde mit 78 gegen 32 Stimmen angenommen. Der Verfassungsartikel, betreffend die Zahl der Senatoren endlich wurde mit 68 gegen 47 Stimmen, der Artikel über das Recht des Thronerben auf den Sitz im Senat mit 87 gegen 19 Stimmen und der Artikel, betreffend Heirathen der Prinzen des Königshauses, mit 103 gegen 2 Stimmen angenommen, auch der Artikel über die Thronfolge wurde in die Revision einbezogen.

Schweden und Norwegen.

* **Stockholm**, 10. Mai. Die Abtheilung des Finanzausschusses beantragte heute, nicht am 6. Mai, wie andererseits berichtet, die prinzipielle Annahme der Regierungsvorlage, betreffend die neue Verbindung Stockholm-Berlin über Trelleborg-Saßnitz, und befürwortete eine Subvention von 650,000 Kronen zum Umbau, bezw. Neubau der Eisenbahn Malmoe-Trelleborg. Von der Abtheilung geht die Frage zunächst an den Finanzausschuß und hierauf an den Reichstag.

Baden.

* **Karlsruhe**, 11. Mai. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe, ist heute zu kurzem Aufenthalte in Karlsruhe eingetroffen und stattete der Luisenschule einen längeren Besuch ab.

* **Karlsruhe**, 11. Mai. Der Staatsanzeiger Nr. 14 enthält militärische Dienstnachrichten, welche von uns bereits gebracht worden sind.

⊙ **Mannheim**, 10. Mai. Wegen des bekannten Eisenbahnunglücks, welches sich in der Nacht vom 27. auf 28. Februar d. J. auf der Station Friedrichsfeld der badischen Hauptbahn ereignete und bei dem der Wagenwärter Wilhelm Stotz von Eppelheim getödtet wurde, während der entstandene Materialschaden sich auf 7000 M. belief, hatte sich heute vor der hiesigen Strafkammer der 28 Jahre alte Expeditionsassistent Hermann Kälble von Ettenheimweiler zu verantworten. Kälble trat 1883 in den Dienst der großh. badischen Bahn ein, war aber erst seit 23. Dezember v. J. in Friedrichsfeld stationirt. In der Nacht, in welcher das Unglück geschah, versah der Angeklagte seinen Dienst auf dem Bureau gleichsam nur sprungweise. Gegen alle Vorschrift hatte er dasselbe früh 3 Uhr verlassen, um sich an einem in selbiger Nacht im „Badischen Hof" in Friedrichsfeld abgehaltenen Maskenballe zu betheiligen, trank und tanzte daselbst lustig mit und eilte nur dann und wann einmal herüber, um die nöthigen Signale zu geben. Doch machte er auch dem Sohne des Wirthes Ries die Zumuthung, für ihn hinüberzugehen und auf dem Bureau den Dienst zu versehen. Nach 4 Uhr auf sein Bureau zurückgekehrt, gab er auf Anfrage von Wieblingen aus für den daselbst nach Friedrichsfeld abgehenden Personenzug die freie Bahn, ohne zu bedenken, daß ein von Heidelberg angekommener Viehzug 54 a vor der Station noch lag und darauf wartete, daß das Zeichen zur Ueberführung auf die Strecke der Main-Neckarbahn gegeben werde. Auch verabsäumte es Kälble, sich im Tagebuch der Stationsdistanz, in welchem die Zeit der Ankunft und Weiterfahrt eines Zuges u. s. w. notirt wird, über die Passirbarkeit der Strecke zu unterrichten. Wohl war dem Angeklagten bezüglich des wartenden Zuges das Zeichen zum Durchpassiren nach der Main-Neckarbahnstrecke bereits gegeben worden, allein er hatte es nicht gehört, denn er war auf seinem Stuhle im Bureau eingeschlafen. Doch soll auch das Läutewerk nicht funktionirt haben. Erst als der Personenzug 54, dem der Angeklagte unvorsichtiger Weise freie Bahn gegeben, von Wieblingen herannahte, wurde Kälble durch von Seiten des Zentralweichenwärters Krober gegebene doppelte Signale, die gehörigen Lärm machten, erweckt, ließ den wartenden Zug sich schnell in Bewegung setzen, doch zu spät — von dem ankommenden Personenzug hatte sich nach dem starken Bremsen desselben die Lokomotive losgerissen, die nun noch auf den sich erst in Bewegung setzenden Zug stieß, und die hinteren Wagen desselben zertrümmerte, wobei der oben genannte Wagenwärter seinen Tod fand. Der Personenzug 54 konnte erst so spät gebremst werden, da man wegen des in selbiger Nacht herrschenden starken Nebels den vorstehenden Viehzug 54 a nicht zeitig genug sehen konnte. Herr Staatsanwalt Mühling beantragt strenge Bestrafung des Angeklagten, der in so verantwortlicher Stellung sich zu so großem Leichtsinn hinreißen ließ, worauf der Gerichtshof für Kälble in Anbetracht der wahrhaft „frevelhaften Gedankenlosigkeit", die aus der Handlungsweise des letzteren hervorgeht, wegen Vergehen gegen §. 316 Abs. 2 des R.-St.-G.-B. (Gefährdung eines Eisenbahntransportes) und gegen §. 222 dess. Ges. (fahrlässige Tödtung) auf eine Gefängnißstrafe von 1 Jahre erkennt. Der Angeklagte, der keinen Vertheidiger aufgestellt hatte, vertheidigte sich in nichts weniger als geschickter Weise selbst.

□ **Freiburg**, 10. Mai. Die vierte Ausstellung, die im Laufe weniger Wochen hier geboten war, ging gestern zu Ende, die der Frauenarbeitsschule in der Aula der höheren Bürgerschule. Dort hatten die Lehrlingsarbeiten der Gewerbeschüler den Anfang gemacht, worauf die Gartenbauausstellung in der Kunst- und Festhalle folgte, während der Bazar des Männer-Vinzensvereins im Kaufhaussaal sich ausgebreitet hatte und mit seinen japanischen und chinesischen Kiosken und sonstiger orientalischer Ausstattung so viele Beschauer und Käufer angezogen hatte. Die Frauenschularbeiten boten sehr viel Sehenswerthes und Schönes. Die Hochstickerei an Weißzeug aller Art zeichnete sich ebenso sehr in praktischer, wie in kunstfertiger Hinsicht aus. Ueberraschend schön, ja fast bewunderungswürdig sind die Füllungen von eleganten Ofenschirmen (Landschaftsbildern, Seeansichten) mit Blattstich. Ebenso hervorragend sind Tapisseriestücke in Farbe und Zeichnung zu Edverzierungen an Salontapeten, gleichwie Stickereien in Gold und Seide. Die Damenkleider sind meisterhaft. Alles zeugt von geschickter Lehrkraft und gelehriger Schülerhand.

‡ **Altlußheim**, 11. Mai. Die Fluthen des höher gehenden Rheines trieben gestern gegen Mittag bei der Brücke nach Speier auf diesseitigem Ufer eine männliche Leiche, welche vom Brückenpersonal auf badischer Flußseite geländet wurde. Die Beschreibung nach Größe und Kleidung paßte auf den s. Z. ertrunkenen Oberlandesgerichtsrath in H. Karlsruhe und deßhalb wurde die betreffende Familie benachrichtigt. Ein Sohn und ein Verwandter des Verunglückten nahmen denn auch an der gerichtlichen Todtenschau Theil, welche jedoch keine untrüglichen Merkmale für die Indentität ergab, da die Gesichtszüge vollständig unkenntlich waren, Haare und Hände fehlten und namentlich auch keine Spur von erkennbaren Kleidungsstücken zu finden war. Hosen und Rock sind von gutem Stoff und ziemlich kenntlich; ebenso Stehkragen und Halsbinde. Nach Aussage des Arztes kann die Leiche schon seit vorigem Sommer im Wasser gelegen und zugeschwemmt gewesen sein und ist nun wahrscheinlich durch die stärkere Strömung frei geworden und in's Treiben gekommen. Es ist deßhalb nicht unmöglich, daß man hier ein weiteres Opfer des Mönchensteiner Eisenbahnunglücks vom letzten Sommer vor sich hat. Die Leiche wurde gestern Abend hierher gebracht und heute auf hiesigem Friedhofe beerdigt. Theile der Kleidungsstücke und ein Stiefel wurden Behufs etwaiger späterer Nachforschungen zurückbehalten.

○ **Von der Erf**, 10. Mai. In den ersten Tagen des Monats Mai feierte die Gemeinde Bretzingen, Amts Buchen, ein erhebendes Fest, das 50jährige Dienstjubiläum des Herrn Hauptlehrers Hein, der von S. K. H. unserem Großherzog mit der goldenen Verdienstmedaille ausgezeichnet wurde. Obwohl die Mittheilung von der Auszeichnung erst Tags zuvor bekannt wurde, so hatte sich doch eine große Anzahl Lehrer eingefunden, um an dieser schönen Feier theilzunehmen. In gemeinsamem Zuge begaben sich die Lehrer — an der Spitze Herr Kreisschulrath Schenk, der Ortsgeistliche, der Konferenzvorsitzende — zum Schulhause. Nach Absingung des Liedes „Laßt Jehova hoch erheben" feierte der Herr Kreisschulrath in formvollendeter Rede unsern erhabenen Landesfürsten, ging dann über auf die 50jährige Wirksamkeit und Verdienste des Jubilars, rühmte dessen goldene Berufstreue, die nur durch goldene Auszeichnung belohnt werden könnte, und schloß mit einem dreifachen begeisternden Hoch auf unsern geliebten Großherzog, dem es auch vergönnt sein möge, das 50jährige Jubiläum zu feiern. In ergreifenden Worten brachte dann der Konferenzvorsitzende, Herr Hauptlehrer Weindel in Walldürn, die freudigen Gefühle der Lehrerschaft des Konferenzbezirks zum Ausdruck und knüpfte daran den Wunsch, daß der Jubilar, der Nestor der Lehrer des Bezirks, die ehrende Auszeichnung noch lange tragen möge. In gleicher Weise schilderte hierauf Herr Pfarrer Honickel die Verdienste, die sich der Jubilar in der Gemeinde, der Kirche als Organist, sowie früher als Rathschreiber 2c. erworben. Der Herr Bürgermeister sprach ihm den Dank der Gemeinde aus. Sichtlich ergriffen dankte der Jubilar für die ihm von S. K. H. dem Großherzog geschenkte Auszeichnung und die Liebe und Anerkennung, die ihm von allen Seiten entgegengebracht wurde. Hieran schloß sich eine gemüthliche Unterhaltung im Gasthaus zum Roß, wo die Lehrermusikgesellschaft konzertirte und abwechselnd geeignete Gesänge zum Vortrag kamen. Auf alle Anwesenden machte diese schöne Feier einen erhebenden Eindruck.

Verschiedenes.

P.A. **Speyer**, 10. Mai. (13. Verbandsschützenfest.) Das vom 10.—17. Juli d. J. hier stattfindende Schützenfest des badischen Landesschützenvereins, des pfälzischen und des mittelrheinischen Schützenbundes findet in allen Kreisen lebhafte Sympathie. Als ein gutes Vorzeichen für unser Fest darf es betrachtet werden, daß auch die städtische Verwaltung zu Ehrengaben für das Fest 1000 M. bewilligt hat; von unserm Landesfürsten, Sr. K. H. Prinz Luitpold von Bayern, ist bereits eine prachtvolle Ehrengabe zugegangen; weitere Gaben stehen aus gesellschaftlichen und privaten Kreisen in Aussicht. Daß die Schützengesellschaft durch Uebernahme dieses Schützenfestes allseitige Unterstützung durch Behörden und durch die hiesige Einwohnerschaft findet, ersieht man an dem Interesse, das jeder Einzelne an dem Gelingen unseres Festes nimmt. Wie bereits gemeldet, findet am Sonntag, den 10. Juli, ein großer Festzug durch die Hauptstraßen statt. Demnächst kann die endgiltige Zusammensetzung des Festzuges bestimmt werden; so viel dürfen wir schon verrathen, daß in dem Zuge ungefähr 10—12 prachtvolle Festwagen, von hiesigen Körperschaften angeordnet, sehr zur Verherrlichung desselben beitragen werden.

* **Hamburg**, 10. Mai. Heute früh 1 Uhr stieß der aus England kommende, mit Kohlen befrachtete Dampfer Armin bei Finkenwärder mit dem abgehenden Dampfer Weimar zusammen. Der Armin sank und steht jetzt größtentheils unter Wasser; die Weimar ist beschädigt und wurde von dem Schleppdampfer Luise wieder in den Hafen zurückgebracht. Einige Leute der Weimar sollen verletzt sein.

Städtisches.

* **Karlsruhe**, 11. Mai. Bei der heute Vormittag stattgehabten Wahl eines ersten Bürgermeisters der Stadt Karlsruhe an Stelle des Hrn. Schnetzler ist der seitherige zweite Bürgermeister, Hr. Krämer, einstimmig zum ersten Bürgermeister ernannt worden.

× **Karlsruhe**, 11. Mai. Die Wahl des 2. Bürgermeisters findet nächsten Dienstag, den 17. d. M., Vormittags von 11—12 Uhr, statt.

* **Karlsruhe**, 11. Mai. In der Woche vom 2. bis 8. d. M. wurden von der allgemeinen Volksbibliothek an 528 Besucher 646 Bände ausgeliehen.

Karlsruhe, 11. Mai. Die heutige Fremdenliste der hiesigen Gasthöfe führt als neu angekommen 346 Fremde auf.

Drahtberichte.

* **Berlin**, 11. Mai. Die Nationalztg. theilt mit, der Versuch Professor Löffler's in Greifswald, der thessalischen Mäuseplage durch Vergiftung mit dem von ihm entdeckten Mäusethyphusbacillus abzuhelfen, ist gelungen. Löffler kehrt aus Griechenland zurück. — Aus Rom erfährt die Nationalzeitung, nach dem allgemeinen Urtheil gelte das Kabinet Giolitti als Vorstadium der Rückkehr Crispis. — Die Kreuzzeitung meldet aus Warschau, in sämmtlichen Fabrikstädten Polens wird demnächst ein allgemeiner Streik befürchtet. Militärverstärkungen sind dorthin abgegangen. — Aus Schleswig erfährt das Berl. Tageblatt, die Protestpartei Nordschleswigs beschloß, von jeglicher Kundgebung zu der goldenen Hochzeit des dänischen Königspaares abzusehen.

* **Berlin**, 11. Mai. Der Kassier der Deutschen Bank, Frank, welcher seiner Zeit an den bekannten betrügerischen Rubelspekulationen zum Nachtheile der Deutschen Bank theilnahm und sodann flüchtig wurde, ist gestern Abend hier verhaftet worden.

* **Paris**, 11. Mai. Dem Liberte zufolge wäre die Polizei im Besitze von Anhaltspunkten über die Erheber des Attentats gegen Very. Die Namen der Verdächtigen hätten große Ueberraschung hervorgerufen. Wegen neuerlicher Drohbriefe sind umfassende Maßnahmen zum Schutze der Börse getroffen.

* **Lyon**, 11. Mai. Beim Banket der Handelskammer hielt der Deputirte Aymard eine Rede, in welcher er verlangte, die Beziehungen mit den benachbarten Völkern zu befestigen. Der Handelsminister Roche erwiderte mit einem Protest gegen die absoluten Theorien in ökonomischen Fragen und versicherte, die Regierung werde in richtigem Maße die nationale Arbeit zu schützen wissen.

* **London**, 11. Mai. Die Times melden aus Alexandrien von gestern: Jäger ist heute mit einer Frau Klez durch den deutschen Konsul und die ägyptische Polizei verhaftet worden. Jäger und die Klez sind am 23. April in Suez eingetroffen, verbrachten eine Woche in Kairo und kamen am 1. Mai unter dem Namen Randolfi in Ramleh an. Jäger besuchte täglich die Börse in Alexandrien. Seine Identifizirung war schwierig, da er nach den Photographien langes Haar u. einen Bart trug u. diesen hatte abrasiren, sowie das Haar kurz schneiden lassen. Im Augenblick seiner Verhaftung wollte Jäger einen Revolver aus der Tasche ziehen, doch konnten ihm sofort Handschellen angelegt werden. Unter seinem Gepäck wurden Banknoten gefunden, die den größten Theil der gestohlenen Summen ausmachen dürften.

** **Kopenhagen**, 11. Mai. Die außerordentliche Tagung des Reichstages wurde heute geschlossen.

** **St. Petersburg**, 11. Mai. Stadthauptmann Greiser befindet sich jetzt in vollständiger Agonie, so daß der Tod jeden Augenblick erwartet wird.

* **St. Petersburg**, 11. Mai Nachrichten des Finanzministeriums zufolge ist der Stand des Winterkorns in Polen, Baltien, dem Nordwest- und Südwestgebiet, in Mittelrußland, der Krim und im Kaukasus günstig; theilweise unbefriedigend in Cherson, etwas besser in Jekaterinoslaw, Poltava und dem Dongebiete. In Nord- und Ostrußland ist die Wintersaat meistens noch nicht aufgegangen.

* **Portland** (Oregon), 11. Mai. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) In einer in der Grafschaft Washington belegenen Kohlengrube fand eine Explosion statt, durch welche 40 im 4. Schachte arbeitende Bergleute betroffen wurden. Sechs Leichen sollen bis jetzt zu Tage gefördert sein.

* **Frankfurt a. M.**, 11. Mai. (Abendkurse.) Kreditaktien 273—, Staatsbahn 247—, Lombarden 75 1/2, Disk.-Komm. 193.—, Aegypter 98.80, Ungarn —. Gelsenk. 132.—, Italiener —. Gotthard —. Fest.

* **Paris**, 11. Mai. 3proz. Rente 97.76, 3pr. Portugiesen 28 1/2, Spanier 61 7/8, Türken 20.40, Banque ottom. 578, Ungarn —.—, Rio Tinto 513.—. Banque de Paris 645. Fest.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Meteorologische Beobachtungen.

Mai.	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. i. Mill.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke.	Wetter.	Temp. in Celsiusgraden
11	8	Nullaghm.	769	O	mäßig	wolkenlos	9
	8	Aberdeen	775	SSO	leicht	heiter	8
	8	Christiansd	777	OSO	leicht	wolkenlos	5
	8	Kopenhag.	772	OSO	schwach	wolkenlos	9
	8	Stockholm	774	NO	leicht	wolkenlos	7
	8	Haparanda	771	N	mäßig	wolkenlos	4
	8	Petersburg	767	WNW	leis. Zug	wolkenlos	7
	8	Moskau	763	N	leis. Zug	wolkig	15
	8	Cork	769	N	leis. Zug	heiter	11
	8	Cherbourg	766	NO	schwach	heiter	10
	8	Helder	770	ONO	schwach	wolkenlos	10
	8	Sylt	771	ONO	leis. Zug	heiter	9
	8	Hamburg	770	NNO	schwach	Nebel	13
	8	Swinemde.	771	NO	schwach	heiter	9
	8	Neufahrwf	770	NO	mäßig	wolkenlos	7
	8	Memel	770	NO	mäßig	wolkenlos	9
	8	Paris	763	NNO	leicht	bedeckt	15
	8	Münster	767	NO	mäßig	bedeckt	13
	8	Karlsruhe	763	NO	schwach	wolkig	15
	8	Wiesbaden	764	NO	leicht	wolkig	17
	8	München	764	NO	frisch	bedeckt	11
	8	Chemnitz	766	ONO	schwach	wolkig	11
	8	Berlin	768	NNO	mäßig	heiter	12
	8	Wien	762	NW	leicht	bedeckt	14
	8	Breslau	766	N	leicht	bedeckt	11
	8	Ile d'Aix	762	NO	schwach	wolkig	13
	8	Nizza	761	NO	leis. Zug	heiter	13
	8	Triest	760	O	leicht	bedeckt	20

(Uebersicht der Witterung.) Die Luftdruckvertheilung ist im Wesentlichen noch die gleiche, wie am Vortage, indem ein intensives barometrisches Maximum über Nordeuropa, dessen Kern die skandinavische Halbinsel bedeckt, einer Depression über der Balkanhalbinsel gegenüber liegt. Das Wetter ist am Südrande des hohen Druckes — in Norddeutschland — meist heiter, weiter binnenwärts dagegen unter der Herrschaft der erwähnten Depression unbeständig und dabei wärmer, als gestern. Da das Ortsbarometer nur geringe Bewegungen erkennen läßt, so scheint sich die Luftdruckvertheilung und damit die ganze Wetterlage nicht wesentlich zu ändern.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 75. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Freitag, den 13. Mai, Vorm. 9 1/2 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung der Berichte der Kommission zu dem Gesetzesvorschlag der Abgg. Birkenmayer und Gen. und zu dem Antrag der Abgg. Muser und Gen., die Einführung des direkten Wahlrechts für die Landtagswahlen betr., Berichterstatter Abgg. Fieser und Muser.

Geboren.

Karlsruhe, 7. Mai. Albert, V. Albert Jock, Bahnarbeiter; Wilhelm Anton, V. Jak. Mußgnug, Dreher. — 8. Mai. Hedwig Emilie, V. Joh. Dreher, Portier; Josef Max, V. Friedr. Zoller, Bäckermeister.

Eheaufgebote

Karlsruhe, 11. Mai. Maier, Friedrich, von Hemmingen, Fabrikarbeiter hier, m. Luise Eisele von Ettlingen; Woll, Josef, von Langenbrücken, Brenser hier, m. Sofie Fleckenstein von Malsch.

Gestorben.

Karlsruhe, 10. Mai. Nusser, Gustav, Privatier, 75 J.; Schlotterbeck, Emma, 23 J.; Baßler, Heinrich, Kaufmann, 47 J.; Luise, V. Zugrevisor Anton Widinger, 10 M.; Fix, Georg, Kohlenhändler, 46 J.; Wilhelmine, V. Schuhmacher Cristof Herwig, 8 M. 20 T.; Grieshaber, Marie, Säcklers Gattin, 53 J.
Allmannsdorf, 9. Mai. Fest, Peter, 73 J.
Appenweier, 10. Mai. Bell, Hieronymus, Lokomotivführer a. D., 75 1/2 J.
Heidelberg, 9. Mai. Mohr, Anton, Privatmann, 65 J.
Kuhbach, 9. Mai. Gur, Jakob, Bürgermeister.
Meersburg, 9. Mai. Engesser, Maria Josefa, geb. Berische, 85 1/2 J.
Schwand, 8. Mai. Eichin, Friedrich, Weber, 53 J.
Sulz, 9. Mai. Herzog, Theodor, Rathschreiber und Accessor, 42 J.
Wehr, 9. Mai. Müller, Kreszentia, Wwe., geb. Leber, 57 Jahre.

Danksagung.

2048.1 Für den aufrichtigsten Beweis inniger Theilnahme, welcher uns bei dem schweren Verluste unseres inniggeliebten Gatten, Sohnes, Schwiegersohnes, Bruders, Schwagers u. Onkels,

Heinrich Welde, Bahnexpeditor,

entgegengebracht wurde, sowie für die ehrende Leichenbegleitung sprechen wir unseren tiefgefühlten Dank hiermit aus.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Schwetzingen, den 10. Mai 1892.

Pferde-Verkauf.

2046.3.1 Wegen Aenderung meines Geschäftes verkaufe ich 4 schwere Zug-Pferde im Alter von 5 bis 8 Jahren.

Friedrich Kübler,
Posthalter, Karlsruhe.

Reise-Beamte

gegen Fixum, Provision und Diäten. Branche-Kenntniß nicht unbedingt erforderlich. Bewerber wollen ihre Offerten sub Chiffre **790** an **Rudolf Mosse, Ludwigshafen** a. Rh. richten. 2035.2.1

Elektrische Beleuchtung,
Elektrische Kraftübertragung
von
1013.15.10
Siemens & Halske, Berlin.
General-Vertreter für Baden und die Pfalz:
Civilingenieur **L. Kabisch,**
KARLSRUHE.

Soolbad Rappenau,
Station der Linie Heidelberg und Jagstfeld. 2037.3.1
Eröffnung am 26. Mai d. J.

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.